



Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

Abschaffung der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) – Schutz der bayerischen Forstwirtschaft vor Brüsseler Bürokratie und ideologischer Zerstörung der heimischen Wirtschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene (im Bundesrat) und in der EU (über die bayerische Vertretung in Brüssel) energisch für die vollständige Abschaffung der EU-Verordnung (EU) 2023/1115 zur Verhinderung der Entwaldung (EUDR) einzusetzen.
2. einen detaillierten Bericht über die negativen Auswirkungen der EUDR auf die bayerische Forstwirtschaft vorzulegen, einschließlich Schätzungen zu Kostensteigerungen, Arbeitsplatzverlusten und bürokratischen Belastungen, und diesen Bericht als Grundlage für eine eventuelle Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu nutzen,
3. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass nationale Kompetenzen in der Forstwirtschaft respektiert und Ausnahmeregelungen für nachhaltig bewirtschaftete Regionen wie Bayern eingeführt werden.

Sollte die Abschaffung nicht erfolgen, wird die Staatsregierung aufgefordert, unilaterale Maßnahmen zu ergreifen, z. B. Subventionen für betroffene Forstbetriebe und eine Nichtumsetzungskampagne.

Begründung:

Die EUDR, die ab dem 30. Dezember 2024 wirksam werden soll, ist ein Frontalangriff auf die Souveränität Bayerns und eine existenzielle Bedrohung für unsere Forstwirtschaft. Diese Verordnung, getrieben von grüner Ideologie und Brüsseler Bürokraten, ignoriert die jahrhundertealte Tradition nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Bayern und belastet die Waldbauern mit unsinnigen Auflagen. Es wird ihre vollständige Abschaffung gefordert, um die bayerische Wirtschaft zu schützen und die EU an ihre Grenzen zu erinnern. Statt globaler Rettungsfantasien braucht es pragmatische Politik für Bayern – weniger Regulierung, mehr Freiheit für Landwirte und Forstbetriebe.

Bayerns Wälder umfassen über 2,5 Millionen Hektar und sind ein Eckpfeiler unserer Wirtschaft: Die Forst- und Holzindustrie erwirtschaftet jährlich rund 20 Mrd. Euro und sichert mehr als 100 000 Arbeitsplätze, vor allem in ländlichen Regionen wie dem Bayerischen Wald oder der Oberpfalz. Die EUDR verlangt von Unternehmen, die Holz, Papier, Leder oder verwandte Produkte handeln, umfangreiche Nachweise über „entwaldungsfreie“ Lieferketten – inklusive Geodaten, Risikoanalysen und Zertifizierungen. Für kleine und mittelständische Betriebe bedeutet das eine Kostenexplosion: Der Bayerische Bauernverband schätzt Mehrausgaben von bis zu 30 Prozent pro Betrieb (siehe Appell vom 6. November 2025), was zu Insolvenzen und Jobverlusten führen könnte. In Zeiten von Borkenkäferplagen, Stürmen und Klimawandel-Adaptation (wie

im Bayerischen Waldgesetz – BayWaldG – vorgesehen) ist dies ein Schlag ins Gesicht der Waldbauern. Statt zu helfen, zerstört die EU-Wettbewerbsfähigkeit: Während bayerisches Holz streng reguliert wird, fließen Importe aus Ländern mit intensiver Entwaldung ungehindert ein.

Die EUDR verstößt gegen das Subsidiaritätsprinzip der EU-Verträge (Art. 5 EUV), da Forstwirtschaft eine nationale Kompetenz ist. Bayern hat mit dem BayWaldG (Art. 1: Erhaltung und Pflege des Waldes) und den Bayerischen Staatsforsten (BaySF) bereits ein vorbildliches System der Nachhaltigkeit – zertifiziert nach PEFC (PEFC = Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes) und FSC-Standards (FSC = Forest Stewardship Council®). Warum sollte Brüssel vorschreiben, was seit Generationen richtig gemacht wird? Der jüngste Vorschlag der EU-Kommission zur Verschiebung der Verordnung (Oktober 2025) ist ein fauler Kompromiss und löst die Kernprobleme nicht, wie auch der Bayerische Bauernverband kritisiert. Die Staatsregierung hat versäumt, sich frühzeitig zu wehren – stattdessen wurde sowohl in Berlin als auch in Brüssel nachgegeben, während unsere Wirtschaft leidet. Vergleichbare EU-Exzesse, wie die CO₂-Steuer oder der Green Deal, haben bereits zu Deindustrialisierung geführt; die EUDR setzt diesen Irrweg fort.

Hinter der EUDR steckt kein echter Umweltschutz, sondern grüne Ideologie: Sie bestraft verantwortungsvolle Länder wie Deutschland, während globale Entwaldung in Asien und Südamerika toleriert wird. Wir setzen uns für einen bayerischen Weg ein: Abschaffung der Verordnung und stattdessen Stärkung lokaler Initiativen, wie Subventionen für digitale Nachweissysteme oder nationale Zertifizierungen. Die Staatsregierung soll im Bundesrat als wirtschaftlich stärkstes Bundesland Druck ausüben und ggf. vor dem EuGH klagen – ähnlich wie bei früheren Streitigkeiten um EU-Umweltregeln. Ohne Abschaffung droht eine Abwanderung von Betrieben und eine Schwächung der ländlichen Strukturen, die Bayerns Identität prägen.